



Minister Guttenberg

Titel

Doktor der Reserve

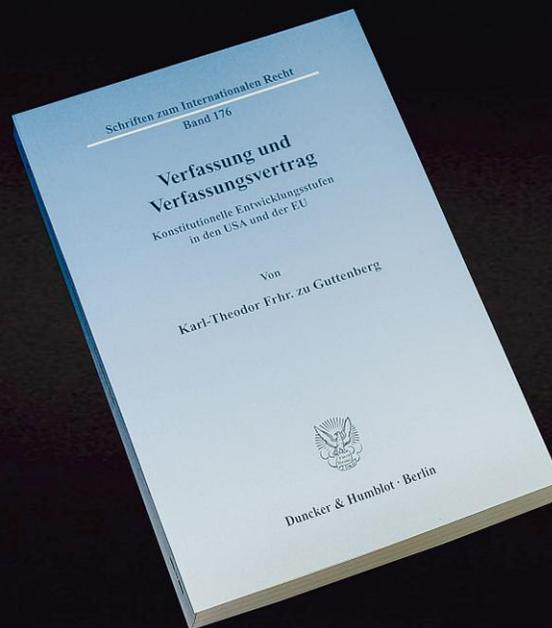
Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat große Teile seiner Dissertation aus anderen Texten entnommen, ohne das kenntlich zu machen. Wenn er seinen Dokortitel abgeben muss, wäre er als Regierungsmitglied kaum noch zu halten.

Das Werk, das den Star der deutschen Politik sein Amt kosten kann, heißt „Verfassung und Verfassungsvertrag“, 475 Seiten für 88 Euro, ein stolzer Titel und ein stolzer Preis. Erschienen ist es in einem Fachverlag mit Renommee, bei Duncker & Humblot, den

Buchumschlag ziert ein schmuckes Blau. Unten auf der Seite prangt das Wappen des Verlags, es zeigt einen Adler und zwei lateinische Wörter. „Vincit veritas“: Die Wahrheit siegt.

Bei Karl-Theodor zu Guttenbergs Dissertation war das leider nicht so, jeden-

falls nicht beim Verfassen. Die Stunde der Wahrheit kommt erst jetzt, fünf Jahre nach der Abgabe. Am Mittwoch der vergangenen Woche berichtete die „Süddeutsche Zeitung“, dass der Bremer Rechtswissenschaftler Andreas Fischer-Lescano Guttenbergs Arbeit einer Prüfung unter-



„Meine von mir verfasste Dissertation ist kein Plagiat, und den Vorwurf weise ich mit allem Nachdruck von mir.“

THOMAS PETER / REUTERS (L.), TOBIAS KLEINSCHMIDT / DPA (R.)

zogen habe, mit dem Ergebnis: stellenweise „ein dreistes Plagiat“.

Seither läuft im Internet eine muntere Rallye, eine Jagd nach abgekupfertem Stellen. Wissenschaftler und sonst wie Berufene lassen Guttenbergs Dissertation durch Suchmaschinen laufen und vermelden die Ergebnisse auf der Homepage GuttenPlag Wiki. Bis zum Freitagabend waren über 180 Stellen gefunden. Die Richtigkeit ist nicht verbürgt. Die SPIEGEL-Dokumentation hatte bis Freitagabend 62 Stellen gefunden.

Ist der Freiherr also ein Freibeuter des Wissens? Einer, der anderer Leute Gedanken gekapert und unter eigener Flagge verbreitet hat? Die Beweise sind erdrückend.

Nach SPIEGEL-Informationen hat Guttenberg auch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags für sich arbeiten lassen. Es gibt weiterhin den Verdacht,

dass er die Arbeit nicht selbst verfasst hat, dass es einen Ghostwriter gab. Kollegen von ihm tuscheln darüber, aber einen Beleg gibt es nicht.

Schon jetzt ist die Glaubwürdigkeit des Verteidigungsministers schwer angeschlagen. Die Universität Bayreuth, wo er promoviert hat, gibt ihm zwei Wochen Zeit für eine Erklärung. Was will er da sagen? Schlaperei kann bei so vielen Fällen kein Argument sein. Bei der Staatsanwaltschaft Bayreuth ist bereits eine Strafanzeige gegen Guttenberg eingegangen, wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Urheberrecht. Es kommt ziemlich dicke für den Minister.

Ausgerechnet Guttenberg. Er ist der Politiker, der als besonders ehrlich, aufrichtig und authentisch galt. Im „Ehrlichkeitsranking“ des Wissenschaftlers Horst Opaschowski belegte er von allen aktiven Politikern den besten Rang. Emnid hatte

im September 2010 ermittelt, dass 67 Prozent der Deutschen Guttenberg für glaubwürdig hielten, 69 Prozent für geradlinig. Seit längerem war er der beliebteste Politiker in Deutschland, 79 Prozent wollten ihn in einer wichtigen Rolle sehen. Und mit einem Mal wirkt alles wie das Märchen vom ehrlichen Karl.

Deshalb geht es im Fall Guttenberg um viel mehr als um die Frage, ob er betroffen hat und deshalb zurücktreten muss. Wenn Guttenberg ein Rosstäuscher ist, dann geht die letzte politische Hoffnung vieler Bürger dahin, dann könnte das Vertrauen in die Politik weiter schwinden. Diese Verantwortung trägt er, damit muss er jetzt umgehen.

In die Aufregung um die Doktorarbeit platzte am Freitag die Meldung, dass ein afghanischer Soldat auf Kameraden der Bundeswehr geschossen hat. Bis zum Abend starben drei Deutsche, sechs wei-

E pluribus unum – Aus vielem (m)eines

Beispiele für Plagiate in Guttenbergs Dissertation „Verfassung und Verfassungsvertrag“

Abweichende Textstellen sind gefärbt

Beginn der Einleitung, Guttenberg, Seite 15

„E pluribus unum“, „Aus vielem eines“ – so lautete das Motto, unter dem vor über 215 Jahren die amerikanischen Staaten zur Union zusammenfanden. Ein Motto, das programmatisch zu verstehen ist. Das Land, das wie kein anderes den Pluralismus auf seine Fahnen geschrieben hat, eröffnet erst auf dieser einheitlichen, gemeinsamen Basis den Spielraum für die Entfaltung von Vielheit. Sich zu einer Nation zu vereinigen, die ursprüngliche autonome Vielfalt gegen einen von einer Zentralregierung gewährten Pluralismus einzutauschen bedeutete indes Verzicht; die bisher unter losem Konföderationsdach weitgehend selbständigen Einzelstaaten mussten um des Gemeinsamen willen den Anspruch auf das Eigene zurückschrauben und ...

Mit einem fast unverändert übernommenen Text der Politikprofessorin Barbara Zehnpfennig – 1997 in der „FAZ“ veröffentlicht – beginnt Guttenberg die Einleitung.



Zehnpfennig

SEBASTIAN WIDMANN / DAPD

Eine Passage aus der Masterarbeit von Dörte Ratzman verwendet Guttenberg mit leichten Umformulierungen.

Guttenberg, Seite 93

Das rechtsstaatliche Gebot, die Grundrechte als Beschränkung von Hoheitsrechten möglichst klar und verbindlich zu regeln, sollte sich letztlich als das stärkere Argument erweisen.

Das gilt in besonderem Maße für eine überstaatliche Gemeinschaft, die ihre zwangsläufig größere Bürgerferne überwinden und um Vertrauen und Zustimmung ihrer Bürger werben muss.

Dörte Ratzmann:

Der Konvent als verfassungsgebende Institution? Masterarbeit, Berlin 2003, S.9

Das rechtsstaatliche Gebot, die Grundrechte als Beschränkung von Hoheitsrechten möglichst klar und verbindlich zu regeln, dürfte sich als stärkeres Argument erweisen.

Das gilt in besonderem Maße für eine überstaatliche Gemeinschaft, die ihre zwangsläufig größere Bürgerferne überwinden und um Zutrauen und Zustimmung ihrer Bürger werben muss.

Den Text einer Hausarbeit ergänzt Guttenberg durch kleine Zusätze.

Guttenberg, Seite 369

Eine wichtige Lehre aus dem Vergleich beider Verfassungsgebungsprozesse ist, nicht von der Verfassung als absoluter und einziger Quelle einer stabilen Demokratie bzw. einer stabilen Ordnung der verfassten Einheit auszugehen.

Das in der jeweiligen Verfassungswirklichkeit demokratisch verfasster Länder gegebene Verhältnis von Markt, Parlamentarismus, Sozialstaatlichkeit und den darin enthaltenen Chancen zu einer lebendigen Demokratie ist vielmehr von Faktoren abhängig, die über bloße Verfahrensregeln hinausweisen: von der politischen Kultur, der Öffentlichkeit und von dem Bedürfnis der Bürger, in Freiheit und Frieden leben zu wollen.

Anonyme Hausarbeit, FU Berlin, Wintersemester 2002/03

Die vielleicht wichtigste Lehre ist, nicht von der Verfassung als absoluter und einziger Quelle einer stabilen Demokratie bzw. einer stabilen Ordnung der verfassten Einheit auszugehen.

Das in der jeweiligen Verfassungswirklichkeit demokratisch verfasster Länder gegebene Verhältnis von Markt, Parlamentarismus, Sozialstaatlichkeit und den darin enthaltenen Chancen zu einer lebendigen Demokratie ist vielmehr von Faktoren abhängig, die über bloße Verfahrensregeln hinausweisen: von der politischen Kultur, der Öffentlichkeit und von dem Bedürfnis der Bürger, in Freiheit unter ihresgleichen leben zu wollen.

tere waren schwer verletzt. Auf einmal wirkte die Frage, ob der Minister abgeschrieben hat oder nicht, sehr klein und unwesentlich. Im Angesicht des Todes ist alles eine Nebensache. Doch für den politischen Alltag Deutschlands bleibt es eine wichtige Frage, ob Guttenberg der Verteidigungsminister bleiben kann.

Bislang hat er nur angekündigt, dass er seinen Dokortitel vorübergehend nicht tragen will, also gleichsam zum Doktor der Reserve wird. Und er hat gesagt, dass er die Arbeit „nach bestem Wissen und Gewissen“ erstellt habe, er selbst und kein anderer. Fehler räumt er ein, aber den Vorwurf des Plagiats weist er „mit allem Nachdruck“ von sich. Die Arbeit sei „über etwa sieben Jahre neben meiner Berufs- und Abgeordnetentätigkeit als junger Familienvater in mühevollster Kleinarbeit entstanden“. Doch angesichts der Fülle und Schwere der Belege fragt sich, was für ein Wissen und Gewissen da zur Geltung kamen.

Wenn Guttenberg bislang in Schwierigkeiten geraten war, hat er immer einen

Schuldigen gefunden. Bei der Kunduz-Affäre traf es den Generalinspekteur der Bundeswehr und einen Staatssekretär, bei der „Gorch Fock“-Affäre den Kommandanten. Jetzt ist da niemand, den er entlassen könnte. Diese Affäre verantwortet er allein, und wenn es richtig eng wird, gibt es nur einen Rücktritt, der irgendetwas lösen oder heilen könnte: seinen eigenen.

Der Ministerialrat Dr. Dr. Ulrich Tammeler von den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestags hat für den Abgeordneten Guttenberg, ohne es zu wissen, viele Seiten geschrieben. Am 13. Mai 2004 beendet der Ministerialrat aus dem Fachbereich III „Verfassung und Verwaltung“ Recherche und Niederschrift und gibt unter der Registernummer WF III-100/04 seine Arbeit an Guttenbergs Büro. Das ungewöhnliche Thema der Arbeit: „Die Frage nach einem Gottesbezug in der US-Verfassung und die Rechtsprechung des Supreme Court zur Trennung von Staat und Religion“.

Der Ministerialrat hat so gut gearbeitet, dass Guttenberg nicht viel zu redigieren

hat. Er streicht ein paar Zeilen, tauscht hier mal das Wort „Begriff“ gegen das Wort „Bezug“ aus, fügt dort mal ein „freilich“ ein, ändert ein „teilweise“ in ein „zuweilen“ und macht aus dem „obersten Bundesgericht“ den „Supreme Court“. Eine der inhaltlich gewichtigsten Änderungen nimmt er gleich zu Beginn des Kapitels vor. Dort ersetzt er das Wort „Geld“ durch „Münzen und Geldscheine“. Wort um Wort, Fußnote um Fußnote, Absatz um Absatz geht die gesamte Arbeit von Dr. Dr. Tammeler in Guttenbergs Doktorarbeit ein.

Der wahre Autor wird namentlich in keiner von Guttenbergs Quellenangaben zitiert. Lediglich die Wissenschaftlichen Dienste erwähnt Guttenberg auf Seite 391 seiner Arbeit. „Vergleiche auch eine im Auftrag des Verfassers entwickelte Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom 13. Mai 2004“, steht da unter der Fußnote 83 vermerkt.

Damit verstößt der Abgeordnete Guttenberg nicht nur gegen die guten Sitten. Die rund 60 Gutachter der Wissenschaft-

Selbst bei Aufzählungen übernimmt Guttenberg jeden einzelnen Punkt fast originalgetreu.



Guttenberg, Seite 319

In kontroversen Diskussionen und hart umkämpften Kompromissen entstand auf dem Verfassungskonvent in Philadelphia ein neuer zukunftsweisender Föderalismus, den die Verfassung so umriß:

- Die Einzelstaaten sollten sich wenigstens partiell zur „vollkommeneren Union“ (more perfect union) integrieren, das heißt, der Zentralgewalt eine Anzahl genau festgelegter Aufgaben und Kompetenzen zuerkennen,
- alle weiteren Befugnisse und Funktionen würden pauschal bei den Ländern verbleiben,
- die unmittelbare Ausübung . . .

Wasser, Hartmut; USA: Politisches System.

In kontroversen Diskussionen und hart umkämpften Kompromissen entstand auf dem Verfassungskonvent in Philadelphia ein neuer zukunftsweisender Föderalismus, den die Verfassung so umriß:

- Die Einzelstaaten sollten sich wenigstens partiell zur „vollkommeneren Union“ (more perfect union) integrieren, das heißt, der Zentralgewalt eine Anzahl genau festgelegter Aufgaben und Kompetenzen zuerkennen;
- alle übrigen Befugnisse und Funktionen würden pauschal bei den Ländern verbleiben;
- die unmittelbare Ausübung . . .

Auch einen Text des Ex-Verteidigungsministers und Staatsrechtlers Rupert Scholz, CDU, vereinnahmt Guttenberg mit nur minimalen Änderungen.

Scholz



MARC DARCHINGER

Guttenberg, Seite 313

Rechtsvergleichend wie rechtsgeschichtlich ist zwischen einer formell wie institutionell eigenständigen Verfassungsgerichtsbarkeit, wie sie das Bundesverfassungsgericht heute darstellt, und einer Verfassungsgerichtsbarkeit zu unterscheiden, die im Rahmen der allgemeinen bzw. sonstigen Gerichtsbarkeiten angesiedelt ist („implizite Verfassungsgerichtsbarkeit“).

Rupert Scholz

Rechtsvergleichend wie rechtsgeschichtlich ist bei alledem zwischen einer formell wie institutionell eigenständigen Verfassungsgerichtsbarkeit, wie sie das BVerfG heute darstellt, und einer Verfassungsgerichtsbarkeit zu unterscheiden, die im Rahmen der allgemeinen bzw. sonstigen Gerichtsbarkeiten angesiedelt ist (implizite Verfassungsgerichtsbarkeit).

lichen Dienste sollen die Abgeordneten bei ihrer Arbeit als Abgeordnete unterstützen. „Der Deutsche Bundestag behält sich sämtliche Rechte an den Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste vor. Veröffentlichung und Verbreitung bedürfen grundsätzlich der Zustimmung der Abteilungsleitung“, steht unter 5.4 in den Richtlinien für den Dienst.

Guttenberg hat also nicht nur abgekupfert, sondern mindestens einen Wissenschaftler für sich arbeiten lassen. In der Arbeit finden sich noch drei weitere derartige Verweise auf Ausarbeitungen der Wissenschaftlichen Dienste. Im Literaturverzeichnis tauchen diese Texte jedoch nicht auf. Dass er so weit gegangen ist, hat Andreas Fischer-Lescano nicht geahnt.

ICE 1617, Hamburg–Berlin, halb acht am Donnerstagabend im Speisewagen, der Mann, mit dem alles begann, sitzt an einem Tisch. „Ich bin einfach neugierig gewesen, was ein Mann, dessen Arbeit bei sehr angesehenen Kollegen mit der Bestnote bewertet worden ist, zu rechts-

politischen Fragestellungen zu sagen hat“, sagt Fischer-Lescano. Ihn interessiere derzeit weniger die politische Zukunft Guttenbergs als das Problem für die Wissenschaft. „Dass eine solche Arbeit an einer angesehenen deutschen Universität mit der Bestnote summa cum laude bewertet wird, darf das Wissenschaftssystem nicht hinnehmen. Wenn das das letzte Wort ist, ist es ein Verrat an der Wissenschaft und an all den Doktorandinnen und Doktoranden, die unter schwierigen familiären, finanziellen, lebens- und arbeitsweltlichen Bedingungen ihre Dissertationen schreiben und dabei seriös vorgehen.“

Wer in Deutschland eine Dissertation einreicht, muss erklären, dass er sie eigenständig und ohne fremde Hilfe erstellt hat. Auch Guttenberg hat eine solche Versicherung abgegeben, obwohl er selbst am besten wusste, dass sie nicht den Tatsachen entsprach.

Nachdem Juristen, Software-Experten und Plagiatsforscher eine Woche lang das Werk des Ministers gefilzt haben, steht

fest: Guttenberg hat in seiner Doktorarbeit nicht nur vereinzelt Fremdaufzählungen zitiert, ohne dies nach üblichem Verfahren in einer Fußnote auszuweisen. Vielmehr hat er sein Buch über viele Seiten absatzweise aus den Arbeiten anderer zusammenmontiert, nach einer Art Baukastenverfahren.

Zu Guttenbergs unfreiwilligen Ghostwritern zählen Wissenschaftler wie die heutige Passauer Politikprofessorin Barbara Zehnpfennig, der Duisburger Literaturwissenschaftler Volker Steinkamp oder der Mannheimer Volkswirt Roland Vaubel. Aber auch die Hausarbeit eines unbekanntenen Studenten hat der Minister in seine Collage eingebaut, deren Einzelteile vor allem eines gemein haben: Alle Texte stehen im Internet.

Meist übernimmt Guttenberg seine Bausteine unverändert, manchmal sogar mitsamt ihren Rechtschreibfehlern. Mitunter ändert er die Vorlagen leicht ab, fügt Anführungszeichen oder Füllwörter hinzu, formuliert Haupt- in Nebensätze um oder ersetzt Wörter, die ihm nicht

Abweichende Textstellen sind gefärbt

Ausgiebig bedient sich Guttenberg bei den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestages. Über viele Seiten wird deren Ausarbeitung fast wörtlich übernommen.

Guttenberg, Seite 391/392

Ein Blick in die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika **offenbart**, dass darin der Begriff „Gott“ unmittelbar nicht enthalten ist. **Mittelbar lässt sich dieser Bezug jedoch in Verbindung mit dem 1. Amendment der Verfassung herleiten.**

Hierin ist zum einen das Verbot enthalten, ein Gesetz zu erlassen, das eine Religion (als Staatsreligion) einrichtet, auf der anderen Seite untersagt die Regelung, die freie Religionsausübung zu beeinträchtigen. Im Verlauf der Verfassungsgeschichte der USA...

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Mai 2004

Ein Blick in die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika **zeigt**, dass darin der Begriff „Gott“ unmittelbar nicht enthalten ist. **Mittelbar lässt sich dieser Bezug jedoch in Verbindung mit dem Zusatzartikel I der Verfassung herleiten.**

Im gleichen Satz ist darin das Verbot enthalten, ein Gesetz zu erlassen, das eine Religion (als Staatsreligion) einrichtet, auf der anderen Seite untersagt die Verfassung, die freie Religionsausübung zu beeinträchtigen. Im Lauf der Verfassungsgeschichte der USA...



Reinhard

Ein Auszug aus der „Geschichte der Staatsgewalt“ des Historikers Wolfgang Reinhard ist in der Dissertation überarbeitet, aber inhaltlich analog dargestellt.

Guttenberg, Seite 195

Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 und die amerikanische Bundesverfassung von 1787 **zählen zu den wichtigsten Innovationen für den westlichen Staatsbildungsprozess überhaupt. Uralte Gegenseitigkeitsprinzipien fanden auf der Grundlage allgemeiner Volkssouveränität eine Transformation in modernes Selbstbestimmungsrecht. Eine Nation gründete sich mittels einer Verfassungsurkunde erstmalig selbst, einer Verfassung, die, wie oben cursorisch ausgeführt auch inhaltlich innovativ war.**

Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt, 3. Auflage, München 2002

Darüber hinaus stellten die Unabhängigkeitserklärung von 1776 und die amerikanische Bundesverfassung von 1787 wichtige Innovationen für den westlichen Staatsbildungsprozess überhaupt dar. Uralte Gegenseitigkeitsprinzipien wurden in modernes Selbstbestimmungsrecht auf der Grundlage allgemeiner Volkssouveränität transformiert. Erstmals gründete sich eine Nation auf diese Weise selbst und zwar mittels einer besonderen Verfassungsurkunde, von den neuen Staatsverfassungen der USA abgesehen die erste der Geschichte und zumindest formal ein Vorbild für alle weiteren.

stark genug erscheinen. Das deutsche Verb „abstellen“ ersetzt er durch „rekurrieren“, und wenn in der Vorlage von „Referenden“ die Rede ist, bevorzugt Guttenberg den Plural „Referenda“, das klingt gelehrter.

Den üblichen wissenschaftlichen Standards genügt Guttenbergs Methode kaum, entsprechend entsetzt sind seine unfreiwilligen Mit-Autoren. Die Journalistin Sonja Volkmann-Schluck beispielsweise konnte die Sache zuerst nicht glauben, als sie am vergangenen Mittwoch den Anruf einer Kollegin erhielt. Der Verteidigungsminister sollte aus einer gekürzten Version ihrer Diplomarbeit abgeschrieben haben – einem kleinen, nur 70-seitigen Papier mit dem Titel „Die Debatte um eine europäische Verfassung“, das schon seit Jahren auf der Internetseite des Münchner Centrums für angewandte Politikforschung steht.

Zunächst fand Volkmann-Schluck die Angelegenheit nicht so dramatisch, sie entdeckte eine kurze Passage, die ohne Quellenangabe übernommen worden war. „Ich dachte, na ja, eine fehlende Fußnote, das ist noch kein Skandal.“ Aber dann untersuchte sie die komplette Arbeit, und wie sich zeigte, hatte Guttenberg ganze Passagen inklusive Fußnoten und Überschriften abgekupfert.

Am meisten ärgerte Volkmann-Schluck, dass Guttenberg ihre wissenschaftliche Leistung als die eigene ausgegeben hat: Die Politikwissenschaftlerin hatte ein Analyseraster entwickelt, mit dem sie die Verfassungsdebatte in der Europäischen Union untersuchte. Guttenberg übernahm es, ohne dabei auf die Urheberin zu verweisen. „Wenn Herr Guttenberg die Regeln für wissenschaftliches Arbeiten ernst nimmt, dann sollte er seinen Dokortitel zurückgeben“, sagt sie.

Dabei ist das Werk im Kern gar nicht so schlecht. Es ist eine vergleichende Darstellung darüber, wie Amerika eine Nation wurde und wie Europa versucht, eine zu werden. Es ist über weite Strecken eine Sammlung von Fremdtexten, aber es ist auch ein relativ gründliches und sauber gegliedertes Kompendium der Geschichte der US-Verfassung und der EU-Verträge. In deutscher Sprache sucht man so etwas bisher auf dem Sachbuchmarkt vergebens.

Man darf noch hoffen, dass nicht alles in dem Werk geklaut ist, viele Passagen scheint Guttenberg selbst formuliert zu haben, zum Beispiel diese: „Was also bereits im alten Testament im Buch Esther und beim Propheten Daniel angesichts der kaum intendierten Auswirkungen unabänderlicher Gesetze von Medern und Persern angedeutet worden war, was

schon Plutarch bezüglich des schnellen Wandels der ursprünglich für hundert Jahre niedergelegten Gesetze Solons festgehalten hatte und was schließlich Zeitgenossen der amerikanischen Verfassungsväter in philosophischen und politischen Schriften forderten“, habe Spuren in der US-Verfassung hinterlassen. Für solch bildungshuberische Erörterungen lassen sich bislang keine Vorlagen finden. Sie scheinen ebenso selbst formuliert zu sein wie die Fußnote Nummer 3 auf Seite 19, die den möglicherweise vom Autor geprägten barocken Begriff der „Verfassungserweckung“ zu definieren sucht: Ihm sei „die äußere sanfte, zuweilen rüttelnde Hand wesenseigen“.

Der wissenschaftliche Ertrag allerdings ist mager. Einmal immerhin, auf Seite 351, entwickelt der Autor einen Gedanken, der ob seiner Klarheit und Originalität aufhorchen lässt: Letztlich sei die EU den USA überlegen, weil sie darauf verzichte, sich als Reich des Guten aufzuspielen.

Doch wieder sind diese Ausführungen über weite Passagen abgeschrieben, diesmal bei der Schweizer Publizistin und Rechtswissenschaftlerin Gret Haller.

Plagiate finden sich sogar an Stellen, die ausdrücklich als eigene Erträge gekennzeichnet sind. So sind etwa „Drei Folgerungen“ aus der EU-Geschichte ei-

Thesen von Jürgen Gebhardt werden oberflächlich überarbeitet und als eigene gedankliche Leistung präsentiert.

Guttenberg, Seite 263

Der moderne Konstitutionalismus entspringt u. a. den großen „Revolutionen“ des ausgehenden 18. Jahrhunderts.

Seitdem hat die „Konstitutionalisierung der Herrschaft“ (D. Grimm) in unterschiedlicher Gestalt der historisch-politischen Welt ihre Prägung verliehen und darüber hinaus im Zuge der Globalisierung der Politik und der Ausbreitung mancher Aspekte der Verfassungslehre die nicht-westlichen Gesellschaften erfaßt. Seiner Grundidee nach drückt sich im modernen Begriff der Verfassung dort, wo sie als „Ordnung des Politischen“ (U.K. Preuß) konzipiert wird, der zentrale Sinngehalt der politischen Kultur aus. Unter diesem Aspekt kommt der modernen Verfassung eine doppelte Funktion zu: ihrer symbolischen Funktion entsprechend deutet und normiert sie die Ordnungsgehalte der politischen Kultur der Gesellschaft. Ihrer instrumentellen Funktion entsprechend liefert sie das Spielregelwerk für die politischen Prozesse des politischen Systems.

Jürgen Gebhardt, Synopse Forschungsprojekt „Kulturhermeneutik und Hermeneutik des Politischen“ (2001 - 2004)

Der moderne Konstitutionalismus entspringt den großen Revolutionen des ausgehenden 18. Jahrhunderts.

In vielerlei Gestalt hat die „Konstitutionalisierung der Herrschaft“ (D. Grimm) seither die historisch-politische Welt geprägt und darüber hinaus im Zuge der Globalisierung der Politik die nicht-westlichen Gesellschaften erfaßt. Seiner Grundidee nach drückt sich im modernen Begriff der Verfassung dort, wo sie als „Ordnung des Politischen“ (U.K. Preuß) konzipiert wird, den zentralen Sinngehalt der politischen Kultur aus. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der modernen Verfassung eine Doppelfunktion zu: Ihrer symbolischen Funktion entsprechend, deutet und normiert sie die Ordnungsgehalte der politischen Kultur der Gesellschaft. Ihrer instrumentellen Funktion entsprechend, liefert sie das Spielregelwerk für die politischen Prozesse des politischen Systems.

Gedanken des Berliner Historikers Hagen Schulze, in fast wörtlicher Wiedergabe

Guttenberg, Seite 192

Die Geschichte Europas ist in weiten Teilen ihre eigene Rezeptionsgeschichte.

Die longue durée ist ein Zivilisationsprozess, der in hohem Maße aus Traditionswahrnehmungen gespeist wird. Für Europa gilt, was B. Anderson über die Nationen gesagt hat: Es ist eine „imagined community“, besteht also, wenn es besteht, vor allem in den Köpfen der Menschen.



Hagen Schulze, „Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike“, 1999

Die Geschichte Europas ist in weiten Teilen ihre eigene Rezeptionsgeschichte. Die longue durée, wie sie hier beispielsweise umrissen wurde, ist ein Zivilisationsprozeß, der in hohem Maße aus Traditionswahrnehmungen gespeist wird. Für Europa gilt, was Benedict Anderson über die Nationen gesagt hat: Es ist eine imagined community, besteht also, wenn es besteht, vor allem in den Köpfen der Menschen.

nem Werk des Historikers Hagen Schulze entnommen – nicht ohne eine bescheidene Hinzufügung des Verfassers mit der rüttelnden Hand: Die Ausführungen bedürften „gleichzeitig einer weitergehenden interdisziplinären Bearbeitung“.

Das ist nicht Bescheidenheit, sondern ein besonders freches Spiel mit Wissenschaft. Wer fremde Gedanken als Schlussfolgerung anderweitig übernommener Prämissen verkauft, verhöhnt die bestohlenen Gelehrten.

Die Universität Bayreuth hat davon offenbar nichts geahnt, vier Professoren adelten Guttenbergs Ausarbeitung mit der Bestnote summa cum laude, mit höchstem Lob. „Der Vorwurf ist absurd, die Arbeit ist kein Plagiat“, urteilte Guttenbergs Doktorvater Peter Häberle nach den Vorwürfen gegenüber der „Bild“-Zeitung. Die Dissertation sei von ihm „in zahlreichen Beratungsgesprächen eingehend kontrolliert“ worden. Guttenberg war laut Häberle „einer meiner besten Seminaristen und Doktoranden“. Nun muss die Hochschule dennoch darüber befinden, ob es dabei bleibt oder sie den Titel entzieht. Höchstnote oder Höchststrafe, Auszeichnung oder Aberkennung? Möglicherweise wird auch ein Mittelweg gewählt, etwa eine schlechtere Note als Kompromiss, aber ob das rechtlich möglich ist,

konnte am Freitagmorgen selbst der Dekan der Bayreuther Jurafakultät nicht sagen. „Solch einen Fall hat es seit Jahren nicht gegeben, mit den Rechtsfragen müssen wir uns erst auseinandersetzen“, sagt der Bayreuther Professor Markus Möstl.

Zunächst hat die universitätsinterne Kommission zur Selbstkontrolle in der Wissenschaft das Wort, dann gegebenenfalls der Präsident, schließlich die Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. In den internen „Regeln zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten“ sind das Verfahren und der Maßstab genau beschrieben. Fehlverhalten liegt demnach unter anderem vor, wenn „geistiges Eigentum anderer verletzt“ wird. Dazu zählt die „unbefugte Verwertung unter Anmaßung der Autorschaft (Plagiat)“.

Was bei dem Verfahren herauskommt, ist nicht vorherzusehen. „Die Hoheit liegt bei der Universität, sie ist völlig frei in ihrer Entscheidung“, sagt der Rechtsanwalt Frank Winkler aus Stuttgart. „Sie verleiht den Titel, und nur sie kann ihn wieder entziehen.“

„Etliche Passagen sind eindeutig Plagiate und verstoßen damit gegen das Urheberrecht und die gute wissenschaftliche Praxis“, sagt der Hamburger Juraprofessor Hans-Heinrich Trute. In seiner Zeit als Ombudsmann der Deutschen For-

schungsgemeinschaft hat er vermutlich alles schon einmal gesehen, was faul und falsch ist in der deutschen Wissenschaft. „Arbeiten mit Verstößen in einer solchen Zahl“, urteilt Trute, „verdienen keine Prämierung durch akademische Titel.“

Der Präsident des Deutschen Hochschulverbands, der Kölner Juraprofessor Bernhard Kempen, will dem Urteil seiner Bayreuther Kollegen nicht vorgreifen: „Grundsätzlich aber gilt: Wenn eine Täuschung nachzuweisen ist, dann erfolgt der Entzug des Titels“, sagt Kempen. Die Entscheidung darüber hänge auch vom Ausmaß der zu beanstandenden Stellen ab. „Wenn nur eine halbe Seite von 475 Seiten übernommen wäre, würde man von Schlamperei ausgehen, aber nicht von Täuschung“, sagt Kempen. Aber bei zig Plagiatsstellen?

Der Bonner Juraprofessor Wolfgang Löwer, Sprecher des „Ombudsmanns“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft, war nach seinen Angaben bereits an vier oder fünf Verfahren beteiligt, an deren Ende die Doktoren keinen Titel mehr hatten. „Ein Plagiat in der Einleitung ist schwerer erklärbar als ein Fehler an anderer Stelle“, sagt Löwer. Noch deutlicher wird der Kölner Rechtsanwalt Christian Birnbaum, spezialisiert auf Schul- und Hochschulrecht: „Der Titel gehört aberkannt“, sagt er, „dafür muss man die Arbeit gar nicht mehr le-

sen, sondern nur die Plagiatsstellen, die im Internet zusammengetragen worden sind, das reicht locker für eine Aberkennung.“

Eine Klage gegen eine solche Entscheidung hielt Birnbaum für wenig aussichtsreich, in ähnlichen Fällen seien die Prüflinge allesamt gescheitert. In der Tat zeigen sich die Verwaltungsrichter häufig knallhart, wenn Prüflinge ihren Titel behalten wollen, der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof im Oktober 2008 etwa, als er über die Klage eines Ex-Doktors zu befinden hatte. Die Richter hielten fest, „dass nur eine unter Offenlegung aller verwendeten Quellen und Hilfsmittel erbrachte wissenschaftliche Leistung den Anforderungen an eine eigenständige Dissertation genügt“.

Die Kriterien der Richter sind eindeutig. Von einer „planmäßigen Übernahme fremden Gedankenguts“ sei bereits dann auszugehen, wenn sich „Plagiate an mehreren Stellen der Dissertation auffinden lassen und verschiedene Fremdautoren betreffen“, heißt es in dem Urteil.

Der wohl bekannteste Plagiatsjäger der Republik, der Rechtsprofessor Volker Rieble aus München, hat sein Urteil längst gefällt. „Schon in der Einleitung zu plagiieren ist einfach unverfunden“, sagt Rieble, „ich habe keine Erklärung dafür, wie man so wahnsinnig sein kann.“

Am vergangenen Dienstag steigt der Mann, den Rieble für wahnsinnig hält, um acht in der Früh in eine „Challenger“ der Bundeswehr. Er will seinen polnischen Amtskollegen besuchen. Um kurz nach zehn gibt er im Verteidigungsministerium in Warschau eine Pressekonferenz, die örtlichen Journalisten wollen wissen, ob die neue deutsche Freiwilligenarmee auch für polnische Staatsbürger offensteht. „No, we are not looking for Polish soldiers“, antwortet Guttenberg. Seine Laune ist blendend.

Zur gleichen Zeit geht im Berliner Verteidigungsministerium ein Fax der „Süddeutschen Zeitung“ ein. Der Minister wird mit dem Vorwurf konfrontiert, er habe Teile seiner Doktorarbeit abgeschrieben. Kurz vor dem Rückflug nach Berlin wird Guttenberg von seinem Sprecher Steffen Moritz zur Seite gezogen. Moritz flüstert ihm etwas ins Ohr.

Gegen halb zwölf hebt Guttenbergs Maschine ab. An Bord ist Guttenbergs Laune deutlich abgekühlt. Was der Mann vom SPIEGEL denn wollte, über ihn sei doch schon so vieles geschrieben worden. „Einer ständigen Betrachtung des eigenen Charakters ausgesetzt zu sein gehört nicht zu den lebensbeglückenden Umständen.“ Er nippt an seinem Kaffee. Die Bundeswehrreform mache ihm genug Mühe, sagt er, diese extreme Form der Aufmerksamkeit sei er leid. „Das ist nichts, was bei mir Glücksgefühle auslöst.“

Am Mittwoch erscheint in der „Süddeutschen“ der Artikel über Guttenbergs

Guttenbergs Widersprüche



TIMM SCHAMBERGER / DAPD

Unternehmensrettung: Bei Opel konsequent, bei Quelle großzügig



MASSOUD HOSSAINI / AFP

Luftschlag von Kunduz: Erst „militärisch angemessen“, dann „nicht angemessen“



LANGBEHN / ACTION PRESS

„Gorch Fock“-Affäre: Keine Anhörung des Kommandanten vor dessen Suspendierung

Dissertation, am selben Morgen bricht der Minister zu einem Kurztrip nach Afghanistan auf. Die Reise solle ohne Journalisten stattfinden, heißt es erst, aber das stimmt nicht ganz: Guttenberg hat Berthold Kohler dabei, einen der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen“.

Am Donnerstagnachmittag landet Guttenberg wieder in Deutschland. Die Affäre um seine Doktorarbeit schlägt immer höhere Wellen. Am Abend soll er im Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt auftreten, 700 Zuhörer haben sich in der Mittellandhalle in Barleben versammelt. Um kurz nach sechs postiert sich der CDU-Spitzenkandidat Reiner Haseloff am Eingang der Halle. Er will den prominenten Gast aus Berlin persönlich willkommen heißen.

Haseloff stand den ganzen Tag mit Guttenbergs Büro in Kontakt, er wusste,

wie heikel die Lage für den Minister ist. Aber er erhielt immer das gleiche Signal: Guttenberg werde kommen, der Auftritt sei auch als „Befreiungsveranstaltung“ geplant, sagt Haseloff.

Um kurz vor halb sieben winkt der örtliche Landtagsabgeordnete Holger Stahlknecht Haseloff in einen Nebenraum. Die Männer beraten sich ein paar Minuten, dann treten sie vor ihr Publikum.

Guttenbergs Referentin habe um 18.25 Uhr angerufen und erklärt, er sei in Berlin „unabkömmlich“. Haseloff blickt in die entsetzten Gesichter der CDU-Anhänger. „Auch ich bin enttäuscht.“ Dann bietet er den Gästen an, ein Bier zu trinken – auf Kosten der CDU.

Statt nach Sachsen-Anhalt rollt Guttenbergs Dienstlimousine an diesem Abend vor das Kanzleramt. Merkel wollte ihren Minister sprechen, aber ihre Leute versichern, sie habe keinesfalls darauf gedrungen, die Veranstaltung in Barleben abzublenden. Das sei Guttenbergs Entscheidung gewesen.

Für das Gespräch gilt höchste Geheimhaltung. Nach außen dringt nur, dass es in „guter Atmosphäre“ stattgefunden haben soll.

Am nächsten Morgen lässt Merkel verbreiten, dass sie zu ihrem Minister stehe. Aber ihre Leute sind sich nicht mehr sicher, ob der Minister noch zu halten ist. Manche vermuten, Guttenberg habe die Dissertation von jemand anderem schreiben lassen. Nur so lasse sich erklären, dass er die Plagiatsvorwürfe zunächst als „abstrus“ bezeichnet habe. Er habe vermutlich gar nicht gewusst, wie viel in der Arbeit abgekupfert ist.

Am Freitag um halb zwölf verliert Guttenberg eine Erklärung in seinem Ministerium. Zugelassen sind nur Journalisten und Kameralente, die schon den ganzen Morgen vor dem Berliner Bendorblock gewartet haben. Guttenberg ist nervös, er verhaspelt sich bei seinem Statement, in dem er ankündigt, dass er vorerst auf seinen Dokortitel verzichtet.

Dann folgt ein Satz, an dem er in den nächsten Wochen gemessen werden wird: „Es wurde zu keinem Zeitpunkt bewusst getäuscht oder bewusst die Urheberschaft nicht kenntlich gemacht.“

Zur gleichen Zeit sitzt sein Sprecher Steffen Moritz im Haus der Bundespresskonferenz. Er sagt den Journalisten, sein Minister gebe gerade vor „ausgewählten“ Journalisten ein Statement ab. Es kommt zu einem Eklat. Die meisten Reporter verlassen protestierend den Saal. Das Wort „Witzveranstaltung“ fällt. Später entschuldigt sich Guttenberg schriftlich beim Vorsitzenden der Bundespresskonferenz. In dem Briefkopf steht nun Karl-Theodor zu Guttenberg – ohne Dokortitel.

Wird nun seine Popularität sinken, wird das Phänomen Guttenberg verblasen? Zunächst sah es nicht so aus, soweit

sich das am Forum von SPIEGEL ONLINE ablesen lässt. Viele sahen den Verteidigungsminister als Opfer einer Verleumdungskampagne, einer „erbärmlichen Hexe(r)jagd der Presse“. Andere sahen in den Anschuldigungen nur ein Ablenkungsmanöver, das zeige, „wie nötig es andere Parteien haben, von den eigenen Problemen abzulenken“. Die Vorwürfe würden dem Neid entspringen. „Es ist schon widerlich, wie hier ein Mann, der in der Politik endlich was bewegt, angegangen wird, da man ihn in seiner politischen Arbeit nicht angreifen kann.“

Doch im Verlauf der vergangenen Woche nahmen die kritischen Stimmen zu. In vielen Beiträgen wurde die Forderung erhoben: „Der Dokortitel muss aberkannt werden.“ Gleichzeitig wurde die Frage gestellt, ob „ein Täuscher Minister bleiben“ kann. Einige fühlen sich durch

werden muss, aber jeder wusste, dass etwas anders werden muss, vielleicht sogar alles.

Und dann, im Februar 2009, kam Guttenberg, wurde Wirtschaftsminister, und er war der perfekte Andere. Jedenfalls sah es so aus. Ein Spross aus einem Adelsgeschlecht, ein wohlhabender Mann, der in einem Schloss aufgewachsen ist, dessen Familie auf eine fast tausendjährige Geschichte zurückblickt, der eine Frau mit dem Namen von Bismarck geheiratet hat. Guttenberg tauchte auf wie eine Märchengestalt.

Plötzlich gab es etwas Neues in der deutschen Politik: Glanz, Glamour, ein schillerndes Paar; auch die Leserinnen der „Bunten“ fanden wieder Zugang zum Berliner Regierungsbetrieb.

Andere waren fasziniert von dem, was nach Tatkraft aussah. Im Fall Opel kokettierte er mit einem Rücktritt, falls der

Cowboy des Landes wie immer wieder in Afghanistan – Guttenberg führt sein politisches Leben so, dass es jederzeit als Hochglanz-Bildband erscheinen könnte.

Aus all dem, aus dem Verdruss der Bürger, aus Herkunft, Glamour, dem Anschein von Tatkraft, aus Anschmiegsamkeit und neuer Optik wurde das Phänomen Guttenberg, der große Andere. Er betont das selbst.

Wer mit Karl-Theodor zu Guttenberg unterwegs ist, erlebt einen Mann, der anders sein will als die klassischen Berufspolitiker. Diese kleben am Amt, sie verbiegen sich für die Macht, weil sie kaum Alternativen haben. Guttenberg sagt dagegen: „Aufrichtigkeit sollte die Grundlage jeder Politik sein.“ Sein Rat an die Kollegen ist: „Man sollte authentisch bleiben.“

Wenn Guttenberg über sich redet, dann erzählt er die Geschichte eines Unbeug-

die neuen Vorwürfe in ihrer Meinung bestätigt, dass Guttenberg „in seiner Position einfach nur überbewertet“ und in Wahrheit „ein Blender“ ist. Kann das wahr sein? Guttenberg ein Blender, der allen etwas vormacht? Ein Phänomen ist er auf jeden Fall. Wie aus dem Nichts tauchte er auf und wurde zum Superstar, zum Aspiranten auf die Kanzlerschaft.

Man wird nicht Hoffnungsträger ohne eine Hoffnung. Die gab es seit längerem, die Hoffnung auf eine bessere Politik, auf bessere Politiker. Über die Jahre hatte sich ein gewaltiger Verdruss angestaut, eine bebende Wut gegen die, die regieren in Berlin und in den Landeshauptstädten. Dass sie nichts entscheiden, dass sie das Falsche entscheiden, dass sie nicht sagen, was sie wirklich wollen, dass sie an ihren Ämtern kleben. Vielleicht wusste nicht jeder kritische Bürger, was genau anders

Bund dem maroden Unternehmen beibringen sollte. Beim fränkischen Versandhaus Quelle gerierte er sich nicht so strikt ordnungspolitisch. Er trat nicht zurück, aber im Gedächtnis vieler blieb, dass er dazu bereit gewesen war. Er sorgte dafür, dass die Wehrpflicht ausgesetzt wird, er sagte ein paar klare Worte zum Krieg in Afghanistan.

Dazu kommt eine starke Anschmiegsamkeit an die Wünsche des Publikums. Er spürt, was ein Gegenüber oder ein Saal braucht, und richtet sich danach.

Außerdem bringt er eine neue Optik in die deutsche Politik, wichtig in der modernen Medienwelt, die vor allem eine Bilderwelt ist. Ein markantes Gesicht, mal elegante Anzüge, mal luxuriöse Wüstenkluft, dazu Posen, die ihn mal zum Weltbesitzer machen wie auf dem Times Square in New York, mal zum obersten

samen, der sich „ein hohes Maß an Unabhängigkeit im Handeln und Geiste“ bewahren wolle. Das klingt sympathisch, bis man Guttenberg bei seinen öffentlichen Auftritten erlebt. Da legt er dann sein Manuskript beiseite und sagt, er wolle jetzt das Herz sprechen lassen.

Beim ersten Mal wirkt das noch mutig. Beim zweiten oder dritten Mal fällt auf, dass Guttenbergs Herz ihm offenbar immer dieselben Dinge sagt. Er wirkt dann nicht mehr so authentisch.

Auch mit der Aufrichtigkeit, von der er spricht, ist es so eine Sache. Aus dem tiefsten Innern des Ministers dringen hauptsächlich Kalenderweisheiten nach draußen. „Wir dürfen nicht dauernd an der Karriereleiter basteln“, ist eine davon. Eine andere lautet: „Ein bisschen Demut ist auch für einen Politiker nicht fehl am Platz.“ Das soll bescheiden

klingen, aber Eitelkeit scheint jederzeit durch.

Guttenbergs Methode ist simpel: Je kleiner er sich macht, je einfacher seine Wahrheiten, desto monströser und feiger erscheint der ganze Politikbetrieb. „In der Politik ist es geboten, Klartext zu reden“, sagt er. „Ich werde mir nicht verbieten lassen, das zu tun.“ Es bleibt bei solchen Äußerungen bewusst offen, wer ihm das eigentlich verbieten will. Aber es bleibt ein Eindruck hängen: dass es außer ihm niemanden gibt, der mutig ist, der Rückgrat beweist in der verlogenen, feigen Welt der Politik. Aus dem Munde dieses Mutigen kommen dann Sätze wie: „Ich werde mir den Optimismus nicht ausreden lassen.“ Das ist die guttenbergsche Version von Zivilcourage: Verbote zu übertreten, die nicht existieren.

Er sagt auch gern, man solle dem Volk nicht nach dem Munde reden. Solche Mantras liebt das Volk. Guttenberg betreibt den Antipopulismus als höchste Form des Populismus.

„Ich bin von Beginn an mit dem vollen Bewusstsein in die Politik gegangen, dass ich jederzeit aufhören könnte“, sagte er vergangenen Herbst im Gespräch mit dem SPIEGEL. Ihm sei bewusst, dass mancher seiner Schritte das sofortige Ende seiner politischen Karriere bedeuten könne. „Aber das bereitet mir keine Angst.“

In Wahrheit geht Guttenberg weiter als die meisten Politiker, um im Amt erfolgreich zu sein. Der Job des Spitzenpolitikers sei im Grunde nicht nur ein Raubbau am Körper, sondern auch an der Familie, sagte er in dem Gespräch im Herbst. Gleichzeitig half die Familie bisher tatkräftig mit, das mediale Bild des Ministers zu polieren. Ehefrau Stephanie begleitete ihren Mann vor Weihnachten nach Afghanistan, sie posierte mit ihm auf der Figur eines erlegten Dinosauriers. Niemand würde seine Ehefrau derart einspannen, dem die Politik nicht wichtig ist.

Bei den Soldaten kommt Guttenberg mit dieser Art gut an. Weil er den Einsatz in Afghanistan endlich als Krieg bezeichnet. Weil er im Combat-Outfit mit Flieger-Blouson und Schnürstiefeln fast alle zwei Monate am Hindukusch aufkreuzt. Die Soldaten fühlen sich verstanden und ernst genommen.

Nun muss er wieder den Tod von Soldaten erklären. Diesmal starben sie durch die Kugeln eines Verbündeten, eines Mannes, der von den Deutschen ausge-

bildet wurde. Dies setzt neue Fragezeichen hinter die afghanische Mission. War er ein Einzelgänger? Oder gibt es in der afghanischen Armee große Vorbehalte oder Hass gegen die Bundeswehr? Was sollen die Deutschen dann noch dort? Bislang fand Guttenberg oft die richtigen Worte, wenn es deutsche Opfer gab. Er spendete Trost, ohne den Einsatz in Zweifel zu ziehen. Diesmal muss er das als stark geschwächter Minister tun.

Im Jahr 2009 hat ihn der Einsatz in Afghanistan schwer ins Schleudern gebracht.

Beurteilung „rückblickend mit Bedauern korrigieren“.

Kurz zuvor hatte er den Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und seinen Staatssekretär Peter Wichert entlassen. Guttenberg hat das damit begründet, dass er nicht ausreichend informiert worden sei. Seither gibt es einen Kleinkrieg um den Ablauf der Sitzung, die zur Entlassung geführt hat. Es sind mehrere Darstellungen im Umlauf. Mindestens einer lügt.

Flatterhaft agierte Guttenberg beim Thema Wehrpflicht. Noch im März vergangenen Jahres verkündete er, eine Abschaffung der Wehrpflicht sei mit ihm „nicht zu machen“. Auf der Sparklausur des Kabinetts im Juni verlangte der Minister dann plötzlich, die Wehrpflicht abzuschaffen, damit er sparen könne. Auch die Bundeswehr müsse sich Sparzwängen unterwerfen, begründete er seine überraschende Volte.

Inzwischen verlangt Guttenberg hingegen wieder mehr Geld, um die Wehrpflicht abschaffen zu können. „Dass eine große Reform von diesem Umfang einer Anschubfinanzierung bedarf, steht, glaube ich, außer Frage.“

Galt für den Minister im vergangenen Mai noch, kleine Bundeswehr-Standorte mit weniger als 900 Dienstposten „nur bei zwingender militärischer Funktionalität“ zu erhalten, stehen genau diese Standorte im Herbst schon unter seinem persönlichen Schutz. Mit ihm werde es keine Obergrenze nach dem Rasenmäher-Prinzip geben. „Davon halte ich überhaupt nichts.“

Im Januar warnt Guttenberg energisch davor, den Kommandanten des Segelschulschiffes „Gorch Fock“ aufgrund von Medienberichten vorzuerurteilen. Kurz darauf lässt er sich von der „Bild“-Zeitung mit „Es reicht“ zitieren und entbindet den Kommandanten aufgrund von Medienberichten vom Dienst.

Für die eigentliche Arbeit eines Verteidigungsministers zeigt er indes nur wenig Interesse. Vorlagen gehen aus dem Ministerbüro wieder zurück an die Arbeitsebene, ohne dass Guttenberg darüber entschieden hätte, klagen Mitarbeiter.

Ende Oktober trägt die von ihm eingesetzte Struktur-Kommission zum Umbau der Bundeswehr ihre Ergebnisse vor. Guttenberg kündigt an, im Januar mit der Umsetzung zu beginnen. Bis heute lässt der Umbau auf sich warten – auch weil Guttenberg hier klare Vorgaben und Entscheidungen meidet. Guttenberg hat



Ehepaar Guttenberg: Popularitätssteigerung um jeden Preis?

HENNING SCHIACHT / ACTION PRESS

Ein paar Tage nach Amtsantritt verteidigt der Minister das Bombardement auf zwei entführte Tanklaster bei Kunduz. Obwohl es Belege dafür gibt, dass der verantwortliche Oberst gegen Isaf-Einsatzregeln verstoßen hat und der Luftangriff ein Fehler war, behauptet Guttenberg furch und selbstbewusst, er sei zu dem Schluss gekommen: „Selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zum Luftschlag kommen müssen.“

Die Soldaten lieben ihn für diese Vorwärtsverteidigung, halten lässt sich die Einschätzung des Ministers jedoch nicht. Schon vier Wochen später, am 3. Dezember, muss Guttenberg im Bundestag einräumen, der Luftangriff sei militärisch nicht angemessen gewesen. Er müsse seine

mit der Aussetzung der Wehrpflicht den größten Erfolg der schwarz-gelben Bundesregierung vorzuweisen. Doch auf den demonstrativ zur Schau getragenen Reformwillen lässt der Minister keine Taten folgen. Es ist so, als habe Guttenberg das Ministerium und die Bundeswehr wie einen Motor zerlegt. Nun sitzt er vor den Einzelteilen und weiß nicht, wie er daraus wieder einen Motor bauen soll.

Der Beweis, dass er ein guter Verteidigungsminister ist, steht noch aus. Deutschland könnte auch mit einem mäßigen Verteidigungsminister leben. Doch mit einem Minister, der seine Doktorarbeit gefälscht hat?

Adelig wird man geboren oder eben nicht, einen Dokortitel muss man sich verdienen. Was sagt das über einen Charakter, diese Bereitschaft zum Plagiat?

Eine Doktorarbeit verändert etwas an einem Leben. Der Titel wird zum Bestandteil des eigenen Namens, man wird als Doktor angesprochen, als Doktor vorgestellt, man zieht automatisch Respekt auf sich, Anerkennung für eine intellektuelle Leistung. Der Doktor ist immer dabei, das gilt bis ins Grab.

Wer bei der Doktorarbeit schwer schummelt, der will mit wenig Mühe viel erreichen, der kann fremde Federn als reizvollen Schmuck empfinden, der möchte schlauer wirken, als er ist, dem ist der Leistungsnachweis wichtiger als die Leistung selbst. Es geht diesem Menschen um eine Schau, eine Darstellung. Sein akademischer Hauptsatz geht nicht so: Ich möchte viel leisten. Sondern so: Ich möchte, dass du denkst, dass ich viel geleistet habe.

Bei Guttenberg hat man immer gesagt, seine Sicherheit komme aus dem Schloss, der glanzvolle Auftritt, die starke Rede, das feste Selbstbewusstsein. Es ist aber auch möglich, dass Unsicherheit aus diesem Schloss kommt. Dass einem die fast tausendjährige Geschichte der Familie eine schwere Last aufbürdet, dazu der Urgroßonkel, der gegen die Nazis im Widerstand war, der Vater, der ein bekannter Dirigent ist, das immense Familienvermögen, das schon vor Karl-Theodor zu Guttenberg da war. Dass man das Gefühl hat, diesen Leistungen nahezuweichen zu müssen, und wenn man das Gefühl hat, dass einen dies überfordern könnte, man es sich mit Schummelei ein bisschen leichter macht.

Noch wird Guttenberg aus den eigenen Reihen gestützt, auch wenn viele in der Union seine missliche Lage mit klamm-

heimlicher Freude begleiten, vor allem jene, die der Popstar in den vergangenen zwei Jahren düpiert oder überflügelt hat. CSU-Chef Horst Seehofer gehört dazu, der sich seit dem Aufstieg Guttenbergs nur noch als Parteivorsitzender auf Abruf fühlen darf. Auch Kanzlerin Angela Merkel schätzt es nicht, wenn ihre Minister zu eigensinnig werden.

In der Führung der Union hat trotzdem kaum jemand ein Interesse daran, Guttenberg stürzen zu sehen – dazu war er als Stimmenfänger bislang zu wertvoll.



Kanzlerin Merkel: Eiltermin bei der Chefin

„Es muss jetzt Schluss sein mit den öffentlichen Anwürfen gegen den Bundesverteidigungsminister“, sagte deshalb Seehofer, und auch Merkel ließ verbreiten, der Minister habe ihre volle Rückendeckung.

Beim Koalitionspartner FDP verfolgt man die Schwierigkeiten Guttenbergs ebenfalls mit Schadenfreude, auch wenn dies niemand offen zeigen möchte. „Ich äußere mich nicht zu Dissertationen oder Abiturzeugnissen“, sagte Guido Westerwelle mokant. Beim Wahlkampfpfendspurt der Hamburger FDP mit Westerwelle und Philipp Rösler übernahm der örtliche Moderator die Rolle des Gehässigen. „So, wer hat denn heute Abend seine Doktorarbeit mitge-

bracht?“, fragte er vergnügt in den Saal. Großes Gelächter.

Gerade Außenminister Westerwelle verfolgt die Schwierigkeiten seines Kabinettskollegen mit innerer Genugtuung. Westerwelle nervt es, dass viele Guttenberg für den besseren Außenminister halten. Und dass der Verteidigungsminister der beliebteste Politiker ist, während er selbst zu den unbeliebtesten gehört, gefällt ihm auch nicht.

Daher ist Guttenberg bislang auch niemand aus der FDP zur Seite gesprungen – im Gegenteil. Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger verlangte eine gründliche Prüfung. Der Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin, nennt den Kollegen inzwischen „Dr. Googleberg“. Martin Schulz, Präsidiumsmitglied der SPD, sagt: „Wer solche Maßstäbe setzt, dass vor seinen Ansprüchen Generalinspektoren, Staatssekretäre und Kapitäne zur See weichen müssen, der muss sich auch selbst an diesen Ansprüchen messen lassen.“

Der Verteidigungsminister sei schon lange nur noch ein Selbstverteidigungsminister, sagt Schulz. „Es ist fraglich, ob er da seine eigentlichen Aufgaben noch wahrnehmen kann.“

Eines ist gewiss: Die Rolle, die er bislang gespielt hat, kann er nicht mehr spielen, sollte er keine überzeugende Erklärung für seine Doktorarbeit finden. Er hätte dann nicht nur abgekupfert, sondern diese Abkupferung auch noch mit Worten wie „Wissen“ oder „Gewissen“ verschleiern wollen.

Die Worte „Glaubwürdigkeit“, „Aufrichtigkeit“, „Authentizität“ würden seltsam wirken aus seinem Mund, ungehörig sogar. Dieses Kapital seines politischen Daseins wäre

weg. Der große Andere der Politik, der Glaubwürdige, Aufrechte könnte er nicht mehr sein.

Diese Rolle wäre zerstört, und es ist fraglich, ob die Bevölkerung noch einmal bereit wäre, einem Politiker diese Rolle anzuvertrauen. Der Schaden für die Politik wäre immens, ein Rücktritt ist angemessen dafür.

Guttenberg hätte vielleicht noch einmal ein Buch seines verehrten Großvaters Karl-Theodor zu Guttenberg lesen sollen. Dessen Erinnerungen sind unter dem Titel „Fußnoten“ erschienen.

THOMAS DARNSTÄDT, ULRIKE DEMMER, CHRISTOPH HICKMANN, DIRK KURBJUWEIT, MARTIN U. MÜLLER, RALF NEUKIRCH, SARAH PANCUR, RENÉ PFISTER, MICHAEL SAUGA, MARKUS VERBEET